

Politik

Die Benedikt-Fans wollen es nicht glauben

Für Konservative sind die Medien und die Grünen an allem schuld, während viele Bischöfe schockiert und beschämt sind

■ Mainz/München/Rom. Die katholische Kirche ist seit der Veröffentlichung des Münchner Missbrauchsgutachtens in heller Aufruhr. Für Außenstehende mag das Gutachten ein – vielleicht wenig überraschender – weiterer Mosaikstein der Selbstdemontage einer Institution sein, der man ohnehin schon lange nicht mehr angehört und zuhört. Doch für Katholiken geht es gerade ums Ganze.

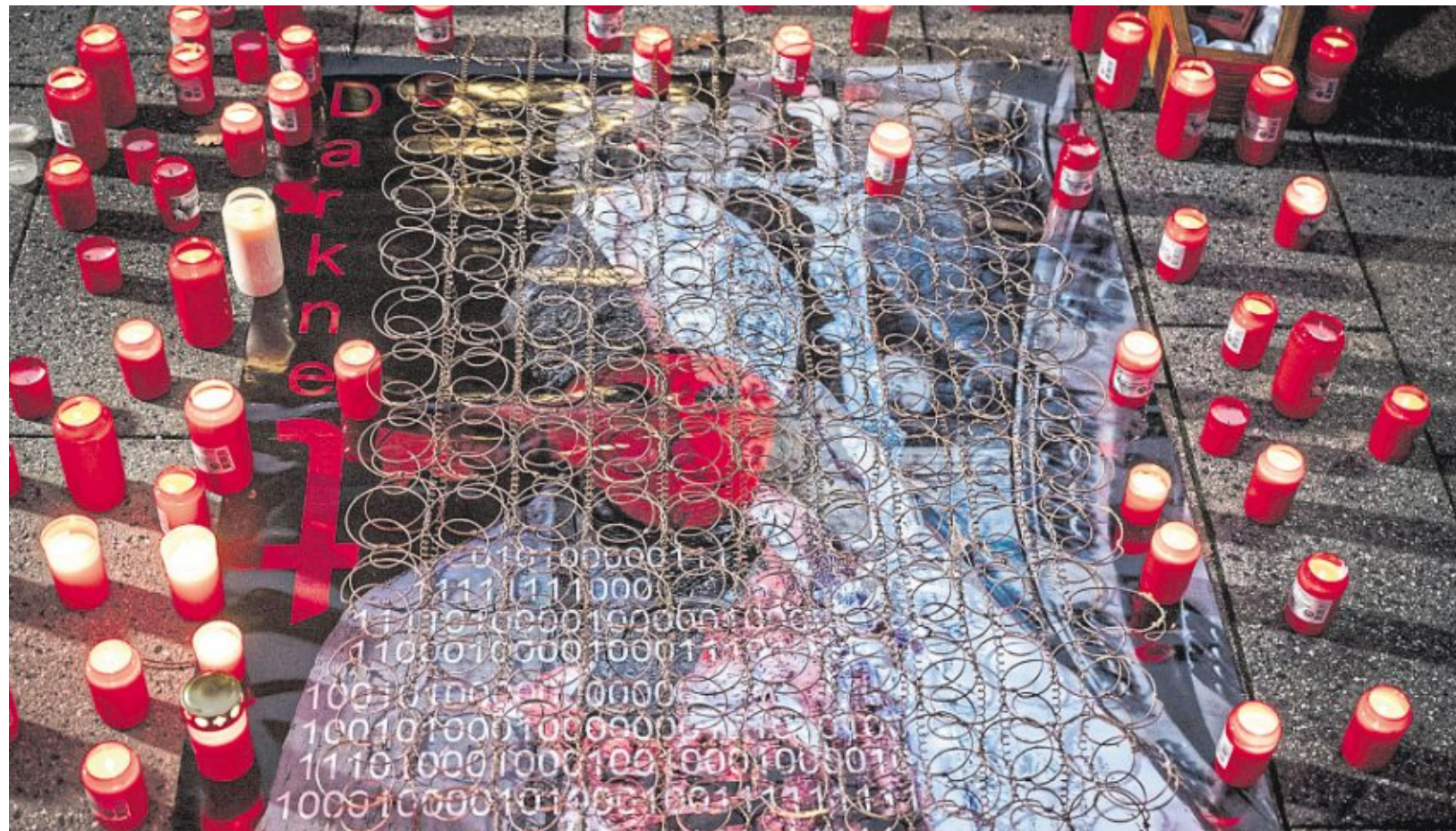
Dabei geht es vielen Gläubigen weniger um die Frage, ob Benedikt XVI. an einer Sitzung teilgenommen hat oder nicht und ob er sich daran erinnern kann oder nicht.



Unser Redakteur Michael DeFrancesco – selbst Katholik und in der katholischen Kirche aktiv – analysiert und kommentiert das Münchner Missbrauchsgutachten.

Nein, besonders schockierend ist die Kältherzigkeit, mit der der emeritierte Papst das Verhalten eines Priesters zu bagatellisieren versucht, der sich vor Mädchen mit erregtem Geschlechtsteil zeigte und vor ihnen masturbierte. Zu lesen ist dies im Anhang des Münchner Gutachtens. Selten hat man so deutlich die völlig aus den Fugen geratenen Moralvorstellungen der katholischen Kirche vor Augen geführt bekommen, in der Richtig und Falsch vertauscht sind: Dieselbe Kirche, die geschiedenen und wieder neu verheirateten Paaren die Kommunion verweigert, da sie angeblich in „ewiger Sünde“ leben, hat kein Problem damit, dass Priester, die Kinder missbrauchen, weiter am Altar stehen und die heiligen Handlungen vollziehen dürfen. Und dieselbe Kirche, die Pastoralreferenten feuert, wenn diese sich scheiden lassen und neu heiraten oder sich als nichtheterosexuelle Menschen outen, verteidigt einen pädophilen Priester, er habe ja als „anonymer Privatmann“ gehandelt und könne in der Seelsorge bleiben.

Die Reformer wollen diese Schiefelage längst beenden und setzen ihre Hoffnungen und ihre Arbeitskraft in den Synodalen Weg. Gleichzeitig spüren die konservativen Kreise in der katholischen Kirche, dass sie noch stärker unter Druck geraten sind, als sie es ohnehin schon waren. Entsprechend



Vierorts – wie hier im Bistum Essen – gab es Protestkundgebungen, um an die Opfer von Missbrauch in der katholischen Kirche zu erinnern. Ein am 20. Januar vorgestelltes neues Gutachten über sexuellen Missbrauch im Erzbistum München und Freising erhebt schwere Vorwürfe.

Foto: dpa

werden nun vielerorts die „Truppen gesammelt“ – in Chatforen werden Durchhalteparolen geteilt, es wird gepredigt, was das Zeug hält, und nach Argumenten gesucht, um die Felle, die gerade davonschwimmen, zurückzuholen. Und es wird auf die Schuldigen der Misere geschimpft – und das sind zuallererst die Medien, die Benedikt XVI. und dessen Lebenswerk zerstören wollten, und direkt danach die Grünen, die mit ihrer laxen Moralhauptverantwortlich dafür gemacht werden, dass Priester ja gar nicht anders konnten, als Kinder sexy zu finden – da die Grünen das gesellschaftliche Klima entsprechend vergifteten.

Benedikt XVI. selbst delegierte 2019 die Schuld am Kindesmissbrauch weg von der katholischen Kirche. In einem viel beachteten Aufsatz schrieb er damals, die zentrale Ursache für Missbrauch sei die Gottlosigkeit und eine Entfremdung vom Glauben, die sich seit den 1960er-Jahren auch in einer Abkehr von der katholischen Sexualmoral breitgemacht habe. Es

habe zur „Physiognomie der 68er-Revolution“ gehört, dass auch Pädpophilie erlaubt sei. In derselben Zeit habe sich ein „Zusammenbruch der katholischen Moraltheologie“ ereignet, der auch Teile der Kirche „wehrlös gegenüber den Vorgängen in der Gesellschaft“ gemacht habe. Die Benedikt-Fans tragen diese Worte heute noch wie eine heilige Fahne vor sich her.

Wie ein Mantra wird in konservativen Kreisen auch wiederholt, dass man heutiges Wissen und heutige Sensibilitäten nicht an frühere Zeiten anlegen dürfe. Benedikt XVI. erwähnt dies selbst in seiner aktuellen Stellungnahme im Münchner Gutachten – sodass die Gutachter sich wiederum genötigt sahen, das Thema ebenfalls aufzugreifen. Sie schreiben im Gutachten wörtlich: „Auffallend ist, dass der Zeitgeist bei kirchlichen Leitungsverantwortlichen vor allem und immer dann ins Feld geführt wird, wenn es darum geht, eigene Fehlverhaltensweisen zu relativieren und zu bagatellisieren.“ Und wei-

ter: „Die in der Vergangenheit kirchlicherseits weitestgehend unterbliebene Aufklärung von Missbrauchstaten und deren nicht ausreichende Sanktionierung gegenüber den Tätern finden ihre Ursache nach Überzeugung der Gutachter, die sich insoweit in Übereinstimmung mit zahlreichen Untersuchungen vor allem auf internationaler Ebene sehen, jedenfalls nicht in dem fehlenden Wissen um die massiven Tatfolgen für die Geschädigten.“ Dies wird so begründet: „Spätestens zu Beginn der 1980er-Jahre setzte eine fundamentale Kehrtwende in der gesamtgesellschaftlichen Beurteilung sexueller Kontakte mit Kindern ein, die sich auch im Strafrecht deutlich niederschlug. Das Bewusstsein um deren Schädlichkeit nahm nicht nur in Fachkreisen, sondern auch in der Öffentlichkeit beständig und rasch zu. Tatsächlich waren der sexuelle Missbrauch von Minderjährigen und die Tatfolgen für die Geschädigten Anfang der 90er-Jahre auch ein innerkirchliches Thema.“

Schock und Scham – immer mehr deutsche Bischöfe äußern sich inzwischen. Die Zeit der symbolischen Gesten sei nun vorbei, sagt beispielsweise der Trierer Bischof Stephan Ackermann. Man arbeite an ehrlichen und konsequenten Aufarbeitungsprozessen.

Der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf schrieb in einer sehr persönlichen Stellungnahme, dass viele Bischöfe heute keine Vorbilder mehr sein könnten. „Aus dem Stolz, für Jesus Christus unterwegs zu sein, ist bei mir immer wieder auch Scham geworden und der Wunsch, die Erde möge sich unter mir auf-tun.“ Doch für „diese oft versagende Kirche“ müsse er als Bischof stehen. Die Kirche sei aber mehr als der Bischof. Die Missbrauchsskandale belasteten auch die Mitarbeitenden und Gläubigen. „Ich will nicht verhehlen, dass ich mir auch Sorgen mache um die vielen Menschen, die jetzt wegen des Versagens in Mithaftung genommen werden und müde sind“, schreibt Kohlgraf.

Kompakt

Gespräche mit den Taliban in Oslo

■ Oslo. Bei den Gesprächen der militant-islamistischen Taliban mit westlichen Vertretern in Oslo ist das Schicksal zweier vermisster afghanischer Frauenrechtsaktivistinnen zum Thema geworden. Ein Taliban-Vertreter sagte im Gespräch mit dem norwegischen Sender NRK, die Islamisten hielten die Frauen nicht gefangen. Die UN-Mission in Afghanistan hatte sich zuvor besorgt über das Verschwinden der Aktivistinnen gezeigt, die aus ihren Häusern entführt worden sein sollen. Die Situation von Frauen in Afghanistan nach der Macht-ergreifung der Taliban im vergangenen Jahr steht ganz oben auf der Agenda der bis Dienstag angesetzten Gespräche in Oslo.

Militär übernimmt die Macht in Burkina Faso

■ Ouagadougou. Im westafrikanischen Burkina Faso hat das Militär die Macht übernommen. Ein Vertreter der Armee erklärte in einer Ansprache im staatlichen Fernsehen RTB die Regierung und das Parlament für aufgelöst und die Verfassung für aufgehoben. Militär und Sicherheitskräfte hätten sich zusammengeschlossen, um die Macht von Präsident Roch Marc Christian Kaboré zu beenden. Kaboré und mehrere Regierungsmitglieder waren zuvor festgenommen worden. Chef der neuen Machthaber ist der Militär Paul-Henri Sandaogo Damiba. Als Grund für den Putsch nannte das Militär die verschlechterte Sicherheitslage und die Unfähigkeit der Regierung, die Situation zu verbessern.

Polen baut einen Grenzzaun zu Belarus

■ Warschau. Polen will mit dem Bau einer dauerhaften Befestigung an der EU-Außengrenze zu Belarus beginnen. „Die Arbeiten starten mit dem Bohren von Löchern für die Pfeile und ihrer Einbetonierung“, sagte die Sprecherin des Grenzschatzes. Seit Monaten versuchen Tausende Migranten, aus Belarus über die EU-Außengrenzen nach Polen oder in die baltischen Staaten zu gelangen. Die EU wirft dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko vor, gezielt Menschen aus Krisengebieten nach Minsk eingeflogen zu haben, um sie dann in die EU zu schleusen. Polens Grenze zu Belarus ist 418 Kilometer lang, davon verlaufen 186 Kilometer über Land.

Kleiner Erfolg für Julian Assange

Auslieferung in die USA wird vom britischen Supreme Court geprüft

Von Christoph Meyer und Larissa Schwedes

■ London. Hoffnungsschimmer für Julian Assange: Im Streit um die von den USA geforderte Auslieferung des Wikileaks-Gründers hat der Londoner High Court den Weg frei gemacht für einen Berufungsantrag vor dem Supreme Court. „Wir haben heute vor Gericht gewonnen“, sagte die sichtlich erleichterte Verlobte des 50 Jahre alten Australiers, Stella Moris, bei einer Pressekonferenz vor dem Gerichtssaal am Montag. Es liege nun in den Händen des obersten britischen Gerichts, ob der Berufungsantrag zugelassen werde, fuhr Moris fort. Gleichzeitig wurden Forderungen laut, die Bundesregierung solle sich für die Freilassung Assanges einsetzen.

Die US-Justiz will Assange wegen Spionagevorwürfen den Prozess machen. Dem gebürtigen Australier drohen dort bei einer Verurteilung bis zu 175 Jahre Haft. Vor-geworfen wird ihm, gemeinsam mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und veröffent-



Julian Assanges Verlobte Stella Moris sagte: „Wir haben heute vor Gericht gewonnen.“ Foto: dpa

licht und damit das Leben von US-Informanten in Gefahr gebracht zu haben. Seine Unterstützer sehen in ihm dagegen einen investigativen Journalisten, der Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hat und an dem nun ein Exempel statuiert werden soll. Der 50-Jährige sitzt seit fast drei Jahren im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Haft.

Ein britisches Gericht hatte die Auslieferung mit Blick auf die psychische Gesundheit Assanges Anfang vergangenen Jahres in erster Instanz untersagt. Die zu erwartenden Haftbedingungen würden den psychisch labilen Assange sonst in den Suizid treiben, argumentierte die Richterin damals. Ansonsten befand sie das Auslieferungersuchen als gerechtfertigt. Im Beru-

fungsverfahren legte Washington dann Zusicherungen über eine humane Behandlung Assanges in US-Gefängnissen vor – und war damit Ende des vergangenen Jahres erfolgreich: Der High Court hob das Auslieferungsverbot wieder auf. Diese Entscheidung wollen die Anwälte Assanges nun vom Supreme Court überprüfen lassen.

Außerhalb der gerichtlichen Auseinandersetzung wurden am Montag auch Forderungen an die Bundesregierung in Berlin laut, sich für ein Ende des Verfahrens gegen Assange einzusetzen. Die Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum in Deutschland erinnerte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) daran, dass sie sich selbst als Oppositionspolitikerin für eine Freilassung des Wikileaks-Gründers starkgemacht hatte, und forderte sie auf, „den Worten Taten folgen zu lassen“. Zudem solle Assange politisches Asyl in Deutschland angeboten werden.

Assanges Unterstützer argumentieren, dass der Wikileaks-Gründer in Belmarsh unnötig schweren Haftbedingungen ausgesetzt ist. „Wir sind noch weit davon entfernt, in diesem Fall Gerechtigkeit zu erreichen, weil Julian noch immer inhaftiert ist“, sagte Assanges Verlobte Moris. Assange leide schwer darunter, „Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr“.

Präsidentenwahl geht in zweite Runde

Noch steht kein Favorit als Nachfolger für Sergio Mattarella fest

Von Manuel Schwarz

■ Rom. Beim Auftakt der Präsidentschaftswahl in Italien hat es wie erwartet noch keinen Sieger gegeben. Weil sich die großen Regierungsparteien im Vorfeld entschlossen hatten, weiße Stimmzettel ohne Namen von Kandidaten abzugeben, erreichte niemand die für eine Wahl nötige Zweidrittelmehrheit unter den Abgeordneten, Senatoren und Regionalvertretern. Das wurde schon während der öffentlichen Auszählung der einzelnen Stimmkarten durch Roberto Fico, den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses, am Montagabend klar.

Bei der öffentlichen Einzelauszählung der Stimmen in der Aula des Abgeordnetenhauses in Rom las Fico immer wieder „bianca“ vor, also weiß. Am Ende waren mehr als 650 Stimmzettel leer. Ohne einen lagerübergreifenden Kandidaten ist es in den ersten drei Wahlgängen fast unmöglich, zwei Drittel der insgesamt 1009 Stimmen zu erhalten.

Am heutigen Dienstag könnte sich ein ähnliches Szenario ent-



Für Wahlleute in Quarantäne wurden Wahlzelte aufgestellt, in denen sie abstimmen können. Foto: dpa

wickeln. Vom vierten Wahlgang an, der voraussichtlich am Donnerstag ansteht, reicht dann eine absolute Mehrheit zur Wahl.

Bereits am Montag begannen die Chefs der Parteien mit intensiven Verhandlungen und der Suche nach einem gemeinsamen, weitestmöglich akzeptierten Kandidaten. Mit den weißen Stimmkarten wollten sie ihre Bereitschaft zum Dialog signalisieren. Unter anderem Matteo Salvini von der rechten Lega und Enrico Letta als Chef der Sozialdemokraten trafen sich zu einem „langen und herzlichen“ Austausch, wie von den Parteien zu hören war.

Als Favorit auf die Nachfolge von Sergio Mattarella kristallisierte sich Pier Ferdinando Casini

heraus. Der ehemalige Chef des Abgeordnetenhauses war früher am Mitte-Rechts-Bündnis des damaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi beteiligt, sitzt aktuell aber für Mitte-Links im Senat, der zweiten Parlamentskammer. Er ist für beide politischen Spektren wählbar.

Auch Ministerpräsident Mario Draghi werden Chancen auf das höchste Amt im Staat nachgesagt. Auch er führte diesbezüglich Gespräche mit einflussreichen Politikern in Rom, wie am Montag zu hören war. Sollte der ehemalige Chef der Europäischen Zentralbank nun Staatspräsident werden, wäre allerdings offen, wie es mit der aktuellen Regierung weitergeht, die einen neuen und starken Chef bräuchte. Die Legislaturperiode der Vierpartei-Regierung läuft noch bis 2023.

Wegen der Folgen der Pandemie waren besondere Maßnahmen getroffen worden: In die Aula des Abgeordnetenhauses durfte parallel nur eine bestimmte Anzahl an Wahlleuten. Die mit dem Coronavirus infizierten Wahlleute konnten ausnahmsweise die Quarantäne verlassen und zur Wahl fahren – statt im Gebäude mussten sie ihre Stimmkarte aber in speziellen Zelten auf dem Parkplatz vor dem Parlament abgeben und sofort wieder wegfahren.